**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 16 (1936-1937)

Heft: 1

Rubrik: Politische Rundschau

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 02.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

weißer Artung und Gesittung dauernd ein. Werden die weißen Völker, die das heutige Antlit der Erde bestimmend prägten, fortsahren, sich selbst zu zersleischen und zu vernichten?

(Ende.)

## Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

Bundesversammlung / Nochmals Duttweiler / Mehr Unabhängige! / Wehr= vorlage / Völkerbund / Stütt Hausamann!

Die Frühjahrssession des Eidgenössischen Parlaments hat, im Bergleich zu der interessanten, ja aufregenden Januarsession, nichts irgendwie über den üblichen Rahmen hinausgehendes gezeitigt. In den Gebieten der Wirtschafts- und Finanzpolitik maren es vornehmlich die zwei Kapitel Milch = preisstügung und Alkoholverwaltung, die die Bemüter in einem etwas größeren Maße zur Ballung brachten. An sich wird niemand bestreiten tönnen, daß eine staatliche Stütung des Milchpreises im Interesse der Landwirtschaft unerläßlich ist, denn mit den heutigen Produktionspreisen kann ber Bauer, angesichts unserer immer noch hochgeschraubten Lebenshaltung, niemals auskommen und trot ber Stühung ift ber bem Bauer verbleibende Bewinn immer noch außerft bescheiben. Leider scheinen sich nun aber unter den Strahlen dieser Subventionssonne nicht nur der arme Bauer, sondern außerdem gewisse Leute erwärmt gu haben, die es nicht unbedingt nötig hätten und vor allem scheint in den Bezirken dieser merkwürdigen Gesellschaft, die sich die Räseunion nennt, Verschiedenes gegangen zu sein, bas nicht unbedingt für bas Licht ber Offentlichkeit bestimmt ist. Mit Recht hat die "Cidgenöffische Zeitung" bemängelt, daß auch in diesem Buntte wieder, wie ichon so oft, unsere Behörden und unsere große Presse es nicht gewagt hätten, den Deckel vom Bullenfaß zu ziehen. Und fo tam es, daß herr Duttweiler und seine Leute bor bem Bolf bas Berbienst in Anspruch nehmen können, soweit wie möglich die Mifftande aufgebedt zu haben, die zu verschweigen unsere Behörde und andere Leute merkwürdigerweise für richtig fanden. Man hat bei solchen Dingen immer das Gefühl, es hänge irgendwie einer am andern und es wasche die eine liebe hand die andere liebe hand. Das ist aber menichlich und wohl nie gänzlich wegzubringen und es soll nur nicht wieder einer kommen und sagen, das sei die Schuld des "Shstems", denn so billig sind solche Probleme, die viel tiefer liegen, nicht zu lösen und wir glauben wohl richtig zu vermuten, wenn wir sagen, daß solche Dinge auch unter einem anderen Regime nicht selten borkommen sollen!

Db wir wohl bereits Anlaß haben, unser Urteil bezw. unsere Prognose besüglich des Herrn Duttweiler und seiner übrigen sechs Aufrechten, die wir im Februarheft äußerten, zu korrigieren? In dieser Session hatte man schon weit eher das Gefühl, daß Duttweiler sich an das schlüpfrige Parkett des Nationalrates bereits einigermaßen gewöhnt habe, wobei immerhin zu bemerken ist, daß die Dinge, bei denen er hervortrat und verdienstvoll hervortrat, recht eigentlich seine eigenen Steckenpserde darstellen, auf denen er schon in den Migrosinseraten immer herumgeritten ist. Aber es läßt sich nicht bestreiten, daß Duttweiler nicht nur in der Käseunionsstrage geschickt gehandelt hat (wenn es ihm auch nicht gelang, die Mehrheit des Kates hinter sich zu bringen), sondern vor allem die Debatte über die Alsoholverwaltung geschickt führte und bei der Abstimmung zwar wieder nicht die Mehrheit, aber doch einen ganz beträchtlichen Achtungserfolg

bon grundfählicher Bedeutung erzielte. Mit einem naffen und einem trockenen Auge hat denn auch herr Dr. Weber von der "R. 3. 3." berichtet, daß bei dieser Abstimmung die gouvernementale Gesinnung der Mehrheitsparteien o Gott — direkt ins Wanken gekommen sei, ein wirklich schreckliches Ereignis, wenn man bedentt, daß das gewissermaßen seit unvordenklichen Zeiten ein feststehender Grundsat ist, daß man nicht ... freisinnig und nicht gouvernemental ... sein fann, indem es jum Ceterum cenfeo biefer Leute gehört, alles, mas im Bundesrat geschieht, mit dem mit Recht jo geschätten Mantel der Liebe zu bedecken. Diesmal aber fuhr herr Duttweiler bermagen energisch mit bem Stod im Bespennest herum, daß das bewährte Verfahren Widerfinn geworden wäre und man es wohl oder übel unternehmen mußte, dem Bundesrat, in diesem Falle jogar dem Bundes = präfidenten, einen indiretten Rüffel zu erteilen. Die Berlufte der Alfoholverwaltung durch sogenannte "kaufmännische" Geschäfte entsprechen im Grunde zwar genau dem, was vernünftige Leute ohnehin nicht anders erwarteten. Denn es ist noch nie dagewesen, daß der Staat und seine Bürokratie Geschäfte machen konnten und es ist nur erstaunlich, daß es immer noch Leute gibt, die sich barüber wundern, bağ es nun mal so ist und bağ in casu bei ber Alfoholverwaltung wieder einige Millionen zum Teufel gegangen sind. Schließlich sollte es doch mit der Zeit sogar ber sturste Etatist merken, daß Bürokratie und Wirtschaft so un = vereinbar sind wie Feuer und Basser und doch gibt es immer wieder Leute, die uns mit neuen Staatsbetrieben und Monopolen beglücken wollen. Bir glauben aber, das Bolk sei allmählich hellhörig geworden und in dieser Richtung hat nun entschieden Duttweiler gang erhebliche Berdienste. Im Parlament tam dies darin jum Ausdruck, daß fein Antrag, den Bericht über die Alkoholverwaltung einstweilen nicht zu genehmigen, nur mit 70 gegen 30 Stimmen abgelehnt wurde. Daraus ergibt sich einerseits, daß verschiedene nicht Unabhängige mit ihm gestimmt haben (es waren auch Freisinnige barunter), und anderseits, was noch wichtiger ist, daß etwa 60-70 Abgeordnete badurch bemonstrierten, daß sie sich ber Stimme enthielten, sodaß effektiv mur eine Minderheit des Rates für den Bundesrat sich einsette. Ein Wink, und zwar ein erfreulicher!

Es ist aber auch wirklich höchste Zeit, daß noch mehr wirklich Unsabhängigkeit verrät oder wenigstens den Missolverwaltung erlebt hat und der Spanischbrötlibahn unserer Bunsbespolitik ab und zu einen Schupf geben. Wir meinen hier in erster Linie die Bunsdes dahn sanierung, von der man seit dem letten Entwurf vor einigen Wochen wieder nichts mehr hört. Und doch sollte diese Angelegenheit in der Junissession erledigt werden, sonst verzögert sich die endgültige Sanierung immer mehr, mit allen schweren Nachteisen, die täglich daraus erwachsen. Wir glauben nun aber, daß das Parlament Herrn Pilet bei den Bundesratswahlen im Dezember in eindeutiger Weise sein Mißfallen ausdrücken könnte, wenn die Angelegenheit dis dahin nicht erledigt ist und in dieser überzeugung bestärkt uns, abgesehen von geswissen Informationen, der Vorgang, den man soeben bei der Abstimmung über die Alkoholverwaltung erlebt hat und der eben doch eine gewisse Unabhängigkeit verrät oder wenigstens den ersten Schritt dazu.

Inzwischen ist aus den Gemächern des Herrn Minger eine stattliche Wehr sorlage an die Öfsentlichkeit getreten, die mit dem verlangten Aredit von 235 Milslionen Franken wohl bestimmt den Bedarf deckt, der heute besteht und vorausgesehen werden kann. Es ist auch wirklich eine sehr respektable Summe, die hier verlangt wird, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel die gesamten Mobilisationskosten von 1914 bis 1918 nicht viel mehr als 1 Milliarde betrugen und dies bei annähernd gleichem Geldwert. Ob diesem entschlossenen Vorgehen des Militärdepartements ziemt es sich, nicht mehr daran zu erinnern, daß auch die Geburt dieses Kindes entsehlich lange gedauert hat und daß Sachverständige schon vor Monaten die Notswendigkeit raschen Handelns betonten und wieder, wie beim Finanzprogramm, verschiedene Reisen nach Bern stattsanden. Insbesondere die Organisation der

aktiven und der passiven Luftabmehr ist außerst dringend; man hat im abessinischen Feldzug wieder erlebt, mas Behrlosigkeit auf biesem Bebiet bedeutet. Im übrigen find es wohl hauptfächlich die Befestigu ngen, die drängen und im Zusammenhang damit die Organisation des Grenzschutes, die bei unserem Miliginstem, das stehende Truppen nicht kennt, nicht einsach ist. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft mit Recht darauf hingewiesen, daß die Erstellung von Befestigungen und die Organisation eines schlagfertigen Grenzschutes beute äußerst bringend geworden sei, weil unser westlicher und nördlicher Nachbar teils Magnahmen vollendet haben, teils im Begriff find, die Grenzen ihrer Länder mit einem Befestigungswall bon Ausmagen ju fperren, die einen erfolgreichen Angriff beinahe überhaupt unmöglich ober bann äußerst verluftreich machen muffen. Bir zweifeln nicht baran, daß auch Deutschland einen vielleicht nicht technisch im ein= zelnen bem frangösischen bergleichbaren, aber in ber Wirkung ähnlichen Ball aufbauen wird und es bedarf unter biesen Umständen weiter feiner Erläuterung, bag bamit die Gefahr eines Durchmarschversuches für die Schweiz in einem Grade gewachsen ift, ben wir weber bis 1914 noch seit bem Rriege kannten. Wir werben also auf dieses Ziel des unmittelbaren Grenzschutes mit äußerster Energie lossteuern muffen, wenn wir nicht zu fpat tommen wollen. Die Befahr ift für uns nicht nur aus militärischen Gründen größer als 1914, sondern vielleicht mehr noch aus politischen.

Denn die Erledigung des abessinischen Konfliktes hat nun zur Evidenz geseigt, daß der Bölkerbund eben einfach nicht gewillt und in der Lage ist, einem angegriffenen Staat entscheidend zu helsen, wenn nicht irgend ein bestimmtes Lebensinteresse eines Gliedstaates dazu führt, daß wenigstens dieser dem Angesgriffenen zu Hilfe kommt. Wenn das aber alles ist, was der Bölkerbund gebracht hat, dann hat er bestimmt nicht & Reue zebracht! Und es ist doch heute so, daß, wenn die Engländer tatsächlich aus ihrem eigenen Interesse heraus (Tanasee) militärische Sanktionen eingeleitet hätten, ihnen allermindestens der halbe Bölkerbund oder noch mehr einfach nicht gefolgt wäre, trop Art. 16 usw. Der Bölkerbund hat sich nun einmal, was man eigentlich schon lange wußte, als völlige I i lusi on erwiesen und wir sind fest überzeugt, daß es auf der ganzen Welt keinen einzigen Menschen mehr gibt, der an diesen Bölkerbund glaubt, ausgenommen nastürlich Herrn Dr. Spühler, den Sekretär der Schweizerischen Bölkerbundsverzeinigung. Wir gratulieren!

Bei der Debatte über unsere Völkerbundspolitik hat Herr Nationalrat Gut, der sich immer mehr zu einem der ersten Hüter unserer Unabhängigkeit und unserer Neutralität entwickelt, in ruhigen und bestimmten Worten darauf hinge-wiesen, daß unsere Situation erheblich schwieriger sei als 1914, weil man heute auf Verträge und vertraglich anerkannte Rechte, wie z. B. unsere Neutralität, sozusagen nichts mehr gibt. Wir haben dies ja vor nicht langer Zeit wieder einmal erlebt und müssen uns damit abfinden.

In Europa besteht Kriegsgefahr, nur über den Zeitpunkt eines Konsliktes ist man sich noch nicht klar. Die Stunde ist also äußerst ernst. Es gibt für die Schweiz nun einmal keine andere Wahl als die rascheste Wiederherstellung unserer Reustralität — das Versagen des Völkerbundes im abesschinischen Konslikt sollte uns heute die taktische Handhabe geben, uns von Sanktionen überhaupt und grundsätzlich zurückzuziehen — und die Verstärkung unserer Küstung um jeden Preis, dis das Ziel erreicht ist.

Aber noch ein weiteres ist notwendig. Die propagandistische Verbreistung des Wehrgebankens muß ganz anders als bisher an die Hand genommen werden. Die besten Wassen und der schönste Betonturm nügen wenig, wenn der Wehrwille nicht dem hintersten Mann und der letzten Frau im Blut sitt. Dazu gehört aber außerdem, daß man nicht bei beginnendem Sturm die besten Leute ausschifft: wir meinen den Fall Hausamann. Und wir möchten es

für unmöglich halten, daß die zuständigen Instanzen wegen des jämmerlichen Gestläffs einer pathologischen Hetzersse einen Mann fallen lassen, der im Stillen sür die Propaganda des Wehrgedankens tatsächlich Großartiges geleistet hat und den wir heute so dringend brauchen, wie niemals zuvor.

Bürich, den 22. April 1936.

Sann b. Sprecher.

### Zur politischen Lage.

Italien hat seinerzeit in Tripolitanien die Wechselfälle eines Kolonialkrieges erlebt: Die raschen Anfangsersolge, die schweren Küchschäge durch den unerwarteten Widerstand der "Wilden" und schließlich nach einer gewaltigen Verstärkung des Machtausgebots und der Bereitstellung aller modernen Kriegsmittel den entscheis denden Durchbruch. Die alten Kolonialmächte England und Frankreich haben dasselbe schon Dutzende von Malen erlebt in allen Ecken unseres Erdballes. Man denke nur z. B. an die französischen Schwierigkeiten im Rifkrieg vor nunmehr einem Jahrsehnt oder an die englischen Ersahrungen in Südasrika 1899—1902 und in Afghasnistan vor einem halben Jahrhundert. In allen diesen Fällen hieß es immer für die europäische Kolonialmacht, troß der Kückschläge die Nerven nicht verlieren und das Machtausgebot so gestalten, daß der Ersolg nicht mehr zweiselhaft sein konnte.

Italien ist sicher mit ähnlichen Erwartungen in seinen abessinischen Arieg hineingegangen, mit Erwartungen, die angesichts der Ersahrungen von Abua im Jahre 1896 besonders bedenklich sein mußten. Es hat deshalb auch von allem Unfang an ein imponierendes Machtaufgebot ins Feld gestellt und ist mit aller nur denkbaren Borficht zu Werk gegangen. Tropbem find auch diesmal nach den ersten Anfangserfolgen die Rückschläge eingetreten und zwar Rückschläge ziemlich ernsthafter Natur. Nicht umsonst hat denn auch Italien seinen besten Mann, den Generalstabschef seines Heeres, nach Ernthräa geschickt. Dieser hat von seinem Land einen neuen, sehr erheblichen Araftauswand verlangt. Unendliche Berstärkungen, Massen von modernsten Kriegsmitteln sind nach Oftafrifa geschickt worden. Diese Kräfte sind auch nicht verzettelt worden, sondern Badoglio hat die Nervenkraft besessen, kaltblütig abzuwarten, bis alles bereit war. Dann aber hat sich gezeigt, daß die beutigen Motorfahrzeuge, auf bem Boben und in ber Luft, die Entfernungen eines Rolonialkrieges sehr erheblich verringert haben. Es hat sich ferner gezeigt, daß gegenüber der Wirkung moderner schwerer Artillerie und moderner Flieger mit ihren Giftgasbomben auch die schönsten Geländeschwierigkeiten nicht mehr genügenden Schutz gewähren. So verjagten zwei hauptverteidigungsmittel ber Abefsinier und es hat fast ben Anschein, daß auch bas britte, die Regenzeit, vor ber heutigen Technik nicht bestehen kann. So ist es nach dem entscheidenden Schlage mit versammelter Macht zum unaufhaltsamen, raschen Riederbruch Abessiniens gefommen.

Es war für Mussolini Zeit, daß in Abessinien der Ersolg gekommen ist. Denn die Monate Oktober dis Januar bedeuteten für ihn eine Nervenprobe surchtbarster Art. Nach einem Jahrzehnt des Ausbaus aller italienischer Machtmittel, nach einem Jahrzehnt des sieberhaften Suchens nach Ausdehnungsmöglichkeiten hatte er endlich zugreisen können und einen entscheidenden Schritt zum Ausbau der künstigen ita- lienischen Macht tun können. Freilich setzte er dabei das Schicksal seines Landes auf eine Karte. Gelang der Schlag nicht, so mußte sich Italien in einer sehr schwie-rigen Lage besinden. Nun aber kam plöplich der ganz unerwartet heftige Widersstand der Engländer, die ihre Flotte und ihre Truppen im Mittelmeer aufmarschieren ließen. Es kam zu den Völkerbundssanktionen, die bei der ohnehin schwie-rigen wirtschaftlichen und sinanziellen Lage Italiens trop ihrer vielen Löcher doch unangenehm werden mußten. Nun stand die Entscheidung auf des Messers Schneibe,

zumal da Mussolini trot aller Bedrängnis auch seine teuer erworbene Stellung in Osterreich und dem weitern Donaugebiet nicht preisgeben wollte. In Abessinien wollte es nicht vorwärts gehen und die diplomatische Lage wurde immer schlechter. Trotdem entschloß sich Mussolini, weitere Kräfte nach Ostafrika zu wersen. Damit war nun wirklich das ganze Spiel auf die Spitze getrieben. Wenn es jetzt in Abessinien trotdem schlecht ging, wenn jetzt die Engländer Ernst machten oder wenn jetzt in Europa entscheidende Ereignisse eintraten, dann stand es um die Sache Mussolinis wirklich verzweiselt.

Das Glück entschied jedoch für den italienischen Diktator. In Abessinien kam der Wassenerfolg, die Engländer zögerten weiter, dabei von den Franzosen nach Kräften unterstützt, und schließlich griff Hitler in entscheidender Weise rettend ein. Plöglich kehrte so das Spiel und Italien erhielt immer mehr Trümpse, die Mussolini sosort dis zum äußersten auszunüßen begann.

Noch hat er allerdings den Enderfolg nicht unter Dach. Noch hat England seine besten Trümpse nicht ausgespielt. Noch lasten auf Italien die Sanktionen, die nach und nach die Mittel, die Italien zur Deckung seiner Bedürsnisse im internationalen Handel braucht, aussehren. Noch ist die endgültige Regelung in Ostasrika in der Schwebe. Es wird sich nun vor allem fragen, wie weit Mussolini zu gehen gedenkt, um seinen bisherigen Erfolg auszunuten? Und da spricht sehr viel dafür, daß er so weit gehen will, wie das überhaupt möglich ist. Dies aber verspricht noch bewegte Zeiten.

\* \*

Inzwischen marschieren neue italienische Truppen in Lybien auf. Inzwischen feten die Engländer ihre Luftruftung, ihren Aufmarich im Mittelmeer und ihre weitreichenden Befestigungen und Bahnbauten in Agnpten und allen ihren Stugpunkten von Britisch=Ostafrika und Aden bis nach Cypern und Gibraltar unentwegt fort. Noch ist es durchaus nicht entschieden, was England schließlich tun wird. Es hat sich ja gegenüber Italien sehr weit hinausgelassen. Es hat aber bisher alles aufgeboten, um Zeit zu gewinnen und Stalien möglichst auf dem Umweg über ben Bölkerbund zu schwächen. Diese Taktik ist wohl in allererster Linie durch die Rückständigkeit der englischen Rüstungen veranlaßt worden, in zweiter Linie durch die Undurchfichtigkeit der allgemeinen politischen Lage, in der sowohl Deutschland wie Japan fortwährend zu Unruhe Beranlassung geben, und schließlich wohl auch durch die altgewohnte britische überlegung, daß man erft in letter Linie die eigenen Rräfte völlig einseben will, erft dann, wenn alle andern Mittel verjagt haben. Run ist jedoch diese Taktik des Zeitgewinns durch die raschen italienischen Erfolge zum großen Teil zunichte gemacht worden. Gleichzeitig aber ift es völlig klar geworden, wie gefährlich ein Waffengang mit der von Muffolini so zielbewußt entwickelten italienischen Luftwaffe werden müßte. Das hat die notwendige Entscheidung Englands nicht leichter gemacht.

Gbensowenig erleichtert worden ist für England die Entscheidung durch das Vorgehen Hitlers am 7. März. Es hat die Folge gehabt, daß Frankreich ohne weisteres wieder auf seine italienische Freundschaft zurückgekommen ist, auf jeden Fall alles ausbietet, um im Mittelmeer nicht weitere Schwierigkeiten zu bekommen. Es will bereit sein, um jederzeit mit voller Krast am Rheine auftreten zu können. Es bietet auch alles auf, um für seine Rheinpolitik neben Rußland auch England und Ftalien einsehen zu können. Deshalb sehen wir nun die Franzosen ganz offen von der bisherigen Völkerbundspolitik mit ihrer Spize gegen Italien, die sie ja immer mur unter dem nicht gerade sansten Druck von London mitgemacht haben, abschwenken. So sah sich England gezwungen, in Gens zuzuwarten, bis einmal die französischen Wahlen darüber eine Abklärung geschaffen haben werden, ob man es in Zukunft mit einer französischen Linksregierung zu tun haben wird oder nicht. Dabei entstehen sür die englische Regierung in den Reihen des eigenen Regierungs-

blocks deshalb immer ernstere Schwierigkeiten, weil ein wesentlicher Teil der Konsservativen in ihrer ausgesprochenen Franzosensreundschaft und Deutschenfeindschaft nach dem 7. März schärfer als je das enge Zusammengehen mit Frankreich und eine scharfe Politik gegen Deutschland wünschen. Es sind die Herren Austen Chamberslain, Winston Churchill, Amery usw. Diese ganze Gruppe sieht das Heil Großsbritanniens einzig und allein in einer Niederringung Deutschlands in engster Zussammenarbeit mit Frankreich. Sie will von einem ernsthaften Vorgehen gegen Italien nichts wissen.

Inzwischen aber schreitet im Mittelmeer Mussolini auf Napoleons Pfaden. It er einmal in Abessinien seiner Sache sicher und ist einmal Ostafrika in ähnlicher Weise in italienischer Hand wie Lybien, dann steht Italien jederzeit bereit zum entscheidenden Griff nach der Nahtstelle des britischen Weltreiches, nach Agypten. Mostorisierte Truppen vom obern Nil und der Kyrenaika her können in ein paar Tagen die ganze englische Stellung in Agypten überrennen. Was aber ist dann das britische Reich noch wert? Dagegen aber hilft keine noch so starke Flotte und dagegen können auch die alten englischen Stützpunkte Malta und Gibraltar nichts helsen. Gibt England jetzt klein bei, so verliert es nicht nur unendlich an Prestige, sondern es wird sicher in absehdarer Zeit doch vor einer ernsten Auseinandersetung mit dem Mussolinischen Reiche stehen, dessen völlige Hemmungslosigkeit im Haß die Engsländer ja seit einem Jahr zur Genüge kennen gelernt haben. Was das alles aber angesichts der in Ostasien sich vorbereitenden Dinge sür England bedeutet, das können wohl nur die weltpolitisch denkenden Engländer richtig würdigen.

Es wird also auf die Dauer für England nichts anderes geben als die Wahl zwischen einem rücksichtslosen Einsehen zur Erhaltung der englischen Machtstellung im Mittelmeer und zwischen einem beginnenden Abbau der englischen überseesstellung. Einstweilen wird die nicht leichte Entscheidung immer noch hinausgeschoben, aber wie lange wird das noch gehen?

\* \*

Während sich so die europäischen Mächte in mehr oder weniger offener Feindschaft gegenüberstehen, während in ganz Europa allgemeines Mißtrauen und das drückende Vorgefühl kommenden großen Unheils herrscht, blüht der Weizen Moskaus an zahlreichen Stellen mächtig auf. Frankreich hat Sowjetrußland wieder nach Europa hineingebracht. Seit der Aufnahme in den Völkerbund führen die Moskauer Machthaber überall das große Wort und gebärden sich wie zu Hause. Sie unterhalten enge Beziehungen zur französischen, zur tschechischen, zur rumänischen Regierung und sie bringen es fertig, gleichzeitig in diesen Ländern die kommunistische Partei sinanziell und organisatorisch wieder auf die Beine zu stellen. Überall reißen auf der Linken die Kommunisten unter dem Schuße Moskaus und gestützt auf sein wachsendes Ansehen die Führung an sich und treiben die aus Angst vor dem Fascissmus gänzlich kopflos gewordenen Sozialisten vorwärts.

Wir erleben das in Frankreich, wo die "Volksfront" heute in einem sehr ausssichtsreichen Wahlkampf steht. Es schadet hier der kommunistischen Partei gar nichts, daß ihre Brotgeber in Moskau mit den französischen Machthabern enge Freundschaft pflegen, während gleichzeitig die Partei gegen den französischen Staat nach Aräften wettert. Wir sehen das in der Tschechoslowakei, wo die Regierung von Freundschaft zu Rußland triest, wenn gleichzeitig die kommunistische Partei diese Regierung und diesen Staat in Grund und Boden verdammt. Nach dem Abschluß des russischen Bündnisses sühlten die Prager Kommunisten zunächst die Verpflichtung, die treuen Freunde Moskaus um Herrn Benesch nun auch ihrerseits zu unterstützen. Sie taten das in verschiedenen Fällen, so auch bei Beneschs Präsidentenwahl. Da aber kam der Bannstrahl aus Moskau in der Person eines inzwischen dort "erzogenen" Komsmunistensührers. Des und wehmütig mußten die kommunistischen Größen im Prager Parlamente zu Kreuze kriechen und vor aller Welt für ihre ungeheuren Fehler Abs

bitte leisten. Seitdem gebärdet sich der tschechische Kommunismus wieder sehr staatssieindlich, sodaß am letzten Sonntag ein tschechischer sozialistischer Minister gereizt erklären konnte, die Regierung wäre schon zusrieden, wenn die lieben Kommunisten der tschechischen Armee nur halb so viel Zuneigung entgegenbringen würden wie der roten Sowjetarmee. Über diesen rührenden Zustand hinaus ist es bereits in Spanien gekommen, wo die Volksfront heute an der Regierung ist und wo versbrannte Kirchen, Parteihäuser der Rechten usw. dazu die Beleuchtung liesern, während wilde Ausschreitungen der Linken gegen Kechtskreise sür die nötige Untershaltung sorgen.

Wenn es so weiter geht, so werden immer weitere europäische Staaten vor die Wahl gestellt werden, ob sie im Kommunismus untergehen oder ihr Heil beim Fascismus suchen wollen.

\* \*

Am nächsten Sonntag wird offenbar auch Frankreich auf diesem Wege einen Schritt vorwärts tun. Wenn nicht alles trügt, so wird dort der Linksblock gegenüber der völlig zersplitterten Rechten einen starken Schritt vorwärts tun. Dann wird es vielleicht auch Zeit sein, endlich an Stelle der übergangsregierungen der Mitte eine ausgesprochene Linksregierung zu bilden. Damit aber wird die Auseinanderssehung zwischen Links und Rechts in Frankreich wieder in Fluß kommen. Ebenso aber wird eine französische Linksregierung in der Außenpolitik wohl nicht die Wege des Herrn Flandin wandeln. So wird man mit Spannung der Entscheidung vom Sonntag entgegensehen, die zeigen wird, wie der französische Bürger auf die Nöte der vergangenen Jahre nun mit dem Stimmzettel antwortet.

Marau, ben 22. April 1936.

heftor Ammann.

# Mehrpolitische Rundschau

## Die neue Wehrvorlage.

Die Besetzung der einstmals entmilitarisierten Rheinlandzone durch deutsche Truppen am 7. und 8. März hat Europa hart an den Kand eines Krieges geführt. Frankreichs Zivilstrategen verlangten die sosortige Mobilmachung von einigen Jahrsgängen und den Einmarsch sranzösischer Truppen ins Rheinland. Deutscherseits soll man sich auf diese Möglichkeit gesaßt gemacht haben. So verlautet denn, die im Rheinland einmarschierenden Truppen hätten nicht nur scharse Munition mit sich geführt (300 Schuß pro Geschüß), sondern hätten auch zwei verschiedene Marschsbesehle besessen, einen sür den friedlichen Einmarsch ins Rheinland und einen ansdern sür den Fall französischen Widerstandes! Die Entscheidung über Krieg oder Frieden hing an einem Haar wie schon so oft in den letzten Jahren. Diesmal war es die französische Generalität, die den Eiser der Zivilstrategen hemmte und die Berantwortung für eine Mobilmachung und einen Einmarsch ins Rheinland nicht übernehmen wollte, weil die Streitkräfte den sicheren Folgen eines solchen Untersnehmens nicht gewachsen seien, und die also auf diese Weise Europa sür den Augensblick den Krieden gerettet hat.

Für den Augenblick ist wohl die Kriegsgefahr vorüber, aber sie kann jeden Augenblick an irgend einer Ecke Europas wieder auftauchen. Die historischen Tage um das Märzwochenende haben wieder einmal schlagartig die Labilität der europäischen Lage beleuchtet und gezeigt, wie viel Explosivstoff allerorts angehäuft ift,